

# Wolfenbütteler-Erklärung

## Kernforderungen zur Kernkraft

### Entschließungsantrag zum 66. Landesverbandes der Jungen Union Braunschweig

1.) Die Nutzung der Kernenergie war bundesweiter Wille und kann deshalb nicht regionale Verantwortung sein. Die Endlagersuche (bzw. Endlagerauswahl) muss nach wissenschaftlichen Kriterien durchgeführt werden – bundesweit, ohne Taburegionen.

2.) Die langfristige Sicherheit der unterirdischen Anlagen kann nicht als vollständig gewährleistet angesehen werden. Bevor nicht alle Sicherheitsfragen der unterirdischen Endlagerung beantwortet sind, fordern wir eine überirdische Zwischenlagerung.

3.) Die ungewöhnlich hohe Leukämierate in der Samtgemeinde Asse darf nicht als statistische Eigenheit abgetan werden. Die Zweifel der Menschen müssen bzw. können nur durch umfassende medizinische Untersuchungen ausgeräumt werden.

4.) Bundesländer und kommunale Gebietskörperschaften für die Kosten durch die End- oder Zwischenlagerung entstehen, müssen Anspruch auf einen Finanzausgleich durch den Bund und die Länder haben.

5.) Zum Ausstieg aus der Kernkraft gehört auch die nachhaltige Verwahrung des entstandenen Abfalls. Wir fordern daher, die Forschung in diesem Bereich durch zusätzliche Mittel des Bundes unter einer angemessenen Beteiligung der Energieunternehmen zu intensivieren.